

Kostspieliger Deal

Auf Druck der Länder erhöht die Bundesregierung den CO₂ - Preis auf 25 Euro pro Tonne. Die Energiebranche sieht den Kompromiss positiv. Andere Unternehmen fürchten aber um ihre Existenz.

Martin Greive, Klaus Stratmann Berlin

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung galt vielen Beobachtern als halbherzig und ambitionslos. Zwar überwog am Montag die Zustimmung für den Kompromiss, den der Bund auf Druck der Länder nun einzugehen bereit ist: Der CO₂ - Preis in den Sektoren Wärme und Verkehr soll 2021 nicht mit zehn Euro, sondern gleich mit 25 Euro starten. Im Gegenzug sinkt die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stärker als bislang geplant. In die positiven Stimmen mischt sich allerdings massive Kritik der Wirtschaft.

So warnt etwa der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vor den Folgen des deutlich gestiegenen Ambitionsniveaus für den industriellen Mittelstand. "Die geplante Erhöhung der CO₂ - Preise in den Jahren 2021 bis 2025 führt dazu, dass ein Teil der Unternehmen am Standort Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird", sagte DIHK-Präsident Eric Schweitzer. Ein Ausgleich für die Unternehmen sei deshalb dringend notwendig. Die in Aussicht gestellte Senkung der EEG-Umlage löse dieses Problem noch nicht.

Betroffen sind insbesondere zwei Fallgruppen: Unternehmen der Logistikbranche, die auf Gas oder Diesel angewiesen sind, aber wenig Strom einsetzen können, sowie mittelständische Industriebetriebe mit hohem Energiebedarf, deren Anlagen nicht am europäischen Emissionshandel teilnehmen: Gießereien, Härtereien, kleinere Papierhersteller. Ihre Anlagen sind zu klein, um zur Teilnahme am europäischen Emissionshandel verpflichtet zu sein.

Die Koalition hat den Unternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen, zugesagt, die dort geltenden Ausnahmeregeln analog anwenden zu wollen. Die kleineren, nicht emissionshandelspflichtigen Anlagen fallen durch den Rost. Die Bundesregierung hat den betroffenen Unternehmen lediglich in Aussicht gestellt, dass ab 2022 Beihilfen in Form finanzieller Unterstützung für klimafreundliche Investitionen gewährt werden können. Eine belastbare Zusage ist das nicht. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte allerdings im Interview mit dem Handelsblatt noch Anfang Dezember betont, er sei optimistisch, dass es gelinge, 2020 Kompensationsregelungen zu finden.

Mit der Entscheidung, gleich mit einem CO₂ - Preis von 25 Euro statt zehn Euro einzusteigen, wächst der Druck auf die Bundesregierung. "Einzelne Unternehmen könnten dadurch in eine existenzielle Krise geraten. Das muss und kann aber auch vermieden werden. Der CO₂ - Preis soll in den Sektoren Wärme und Verkehr Lenkungswirkung entfalten - und nicht dem industriellen Mittelstand schaden", sagte Andreas Kuhlmann, Chef der Deutschen Energie-Agentur (Dena), dem Handelsblatt (siehe Interview rechts). Die Unternehmen brauchten "sofort klare Zusagen".

Auch private Haushalte müssen sich auf Belastungen einstellen. "Die höhere CO₂ - Bepreisung führt zu einer Mehrbelastung der Verbraucher. Vor allem ab 2027 ist mit schnell steigenden CO₂ - Kosten zu rechnen, wenn die Haushalte ihren Verbrauch an Heizöl, Erdgas und Treibstoff nicht deutlich senken", sagte Hubertus Bardt, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) dem Handelsblatt. "Die Botschaft ist klar: Jetzt hat man gut fünf Jahre Zeit, um in effiziente Heizungen, isolierte Gebäude und sparsame Autos zu investieren. In dem Zeitraum wird über Fördermaßnahmen geholfen, gleichzeitig werden Belastungsspitzen für Pendler reduziert. Für alle, die bis dahin nicht in Effizienz investieren, wird es teuer", sagte Bardt.

Positiv bewertet die Energiebranche den Kompromiss. Die Einigung sei ein erster wichtiger Schritt für mehr klimafreundliche Investitionen, sagte Tuoma Hatakka, Vattenfall-Deutschlandchef. Auch der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßte die Verständigung. "Der Vermittlungsausschuss hat bewiesen, dass wichtige politische Entscheidungen zügig und entschlossen gefällt und Fehler im Klimaschutzprogramm korrigiert werden können", sagte Michael Wübbels, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer.

Der Kompromiss von Bund und Ländern könnte auch positive Effekte für die Große Koalition haben. Die SPD wird von ihrem neuen Führungsduo Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken getrieben, im Klimaschutz vom Koalitionspartner Nachbesserungen einzufordern. Esken und Walter-Borjans fordern einen CO₂ - Preis von 45 Euro. Am Montag zeigten sich die beiden mit der aktuellen Entwicklung zufrieden. Der Kompromiss sei ein "deutlicher Schritt", die Anpassungen machten das Klimapaket gerade auch beim Thema soziale Ausgewogenheit unterm Strich "ein ganzes Stück besser", sagte Walter-Borjans. "Die Verständigung zeigt, dass wir erkennbar auf dem Weg sind, dass sich etwas in Bewegung setzt, sagte er.

Allerdings gebe es immer noch Gesprächsbedarf. So komme die Erhöhung der Pendlerpauschale vor allem Spitzenverdienern zugute, was eine "Schieflage" sei, sagte Esken. Die Erhöhung des CO₂-Preises sei daher "ein guter erster Schritt, aber nicht das Ende der Fahnenstange". Die Klimapolitik werde immer wieder auf die Tagesordnung kommen, kündigte sie an.

Greive, Martin


Stratmann, Klaus

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 243 vom 17.12.2019 Seite 004
Ressort:	Tagesthema
Serie:	Durchbruch beim Klimapaket (Handelsblatt-Beilage)
Dokumentnummer:	BB37CF96-1B47-45CE-981A-C23537E5DD38

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_BB37CF96-1B47-45CE-981A-C23537E5DD38%7CHBPM_BB37CF96-1B47-45CE-981A

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH